

Wels, am 12. April 2021

## RESOLUTION

**Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:**

**Der Gemeinderat möge folgende Resolution an die Bundesregierung beschließen:**

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, wird aufgefordert, ein Beschäftigungsprojekt für 40.000 geförderte Arbeitsplätze bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern für die Beschäftigung von Langzeitbeschäftigungslosen umzusetzen.“

### **Begründung:**

**Durch die Corona-Krise ist die Arbeitslosigkeit explodiert. 2020 waren fast eine halbe Million Menschen ohne Job – ein Anstieg von 28,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders dramatisch ist es für Langzeitarbeitslose. 140.000 Menschen suchen schon länger als 12 Monate einen Job – ein Anstieg um 40 Prozent. Diese Gruppe hatte es schon vor der Krise schwer. Die Aktion 40.000 hilft den Menschen, die in der Corona-Krise arbeitslos wurden.**

Die „Aktion 40.000“ ist an die „Aktion 20.000“ angelehnt. Wie der Name schon sagt, sollen mit ihr für 40.000 Menschen, die länger als 12 Monate ohne Job sind, Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Vereinen und sozialen Unternehmen geschaffen werden. Mögliche Aufgaben könnten die Unterstützung für pflegebedürftige Menschen, organisatorische Aufgaben bei Test- und Impfstraßen oder die Instandhaltung von Grün- und Parkflächen sein. Diese Arbeitsplätze sollen zwei Jahre lang vom Bund gefördert werden. Jeder Dritte Langzeitarbeitslose über 50 Jahren, der an der „Aktion 20.000“ teilnahm, hat heute wieder einen Arbeitsplatz. 1.213 ehemalige Langzeitarbeitslose, die an der Aktion teilnahmen, haben heute einen Arbeitsplatz – nicht vom Staat gefördert. Diese Menschen haben Optimismus und eine sinnvolle Beschäftigung. Auch die Stadt Wels konnte im Rahmen der Aktion 20.000 Menschen erfolgreich einen Weg zurück in den Arbeitsalltag ermöglichen, die krisenbedingte Neuauflage dieser Aktion kann auf den bisherigen Erfahrungswerten aufbauen.

Das Beschäftigungsprojekt „Aktion 40.000“ soll dabei unter folgenden Kriterien umgesetzt werden:

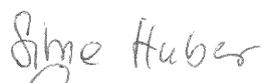
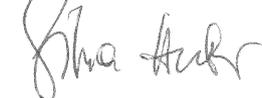
- Förderung für Beschäftigung von Arbeitslosen, die mindestens 12 Monate durchgehend arbeitslos waren (Langzeitbeschäftigungslose nach AMS-Definition).
- Die Teilnahme ist freiwillig und eine Ablehnung kann nicht mit einer Sperre des Arbeitslosengeldes sanktioniert werden.
- Gefördert werden existenzsichernde Vollzeitdienstverhältnisse oder Teilzeitbeschäftigungen ab 30 Wochenstunden.
- Kollektivvertragliche Entlohnung; zu mindestens 1.700 Euro Brutto (für Vollzeit).
- Träger: öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen und Dienstleistungsverbände.
- Degressive Förderung für 2 Jahre – 12 Monate 100 Prozent, 6 Monate 75 Prozent und 6 Monate 50 Prozent der gesamten Lohnkosten.
- Nur zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze werden gefördert.
- Es sollen damit regionale/kommunale Bedarfe abgedeckt werden können.
- Während der geförderten Beschäftigung sollen auch entsprechende Aus-, Um- und Weiterbildungsangebote sowie bei Bedarf ein Coaching für den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben, den Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden.

In einem gemeinsamen Kraftakt sind wir alle – darunter auch die Stadt Wels – aufgefordert, den harten Folgen der Krise mit wirkungsvollen Maßnahmen zu entgegnen. Ein Schritt dafür, um insbesondere Langzeitarbeitslosen wieder Perspektiven geben zu könne, ist die „Aktion 40.000“, eine Win-Win Situation für die Teilnehmer\*Innen als auch für die Stadt Wels.

Berichterstatter:

  
**GR. Stefan Ganzert**

Für die sozialdemokratische Fraktion

  
(Schindler)

Beschluss des Gemeinderates

vom..... 26. April 2021 .....

Antrag

~~einstimmig~~ - mit Stimmenmehrheit  
~~angenommen~~ - abgelehnt - zurückgestellt

Der Vorsitzende:



12 JA (SPÖ, Grüne)  
18 NEIN (FP, VP, NEOS)